

Der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden Telefon (0611) 31-3397 Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Elke Kessel Wiesbaden, 18.04.2012

- Den Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Kultur
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. Nachrichtlich

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am Donnerstag, 26. April 2012, um 17:00 Uhr, Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 08.03.2012

Bereich Schule:

2. 12-F-33-0043

Schulsozialarbeit im Berufsschulzentrum Wiesbaden -Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.04.2012-

Im Berufsschulzentrum ist seit Frühsommer 2010 das Projektbüro des Hessencampus Wiesbaden beheimatet. Die Schulleitungen und Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen sind in den Gremien und Arbeitsgemeinschaften des Hessencampus vertreten. Zum Leistungsangebot des Hessencampus gehört u. a. das Übergangsmanagement. So heißt es im Internetauftritt von Hessencampus: "Dazu gehören die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern beim Übergang in den Arbeitsmarkt (…)". Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde das Projektbüro im Berufsschulzentrum, hier: Schulze-Delitzsch-Schule, angesiedelt. Mit Beschluss 0605 der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 2010 wurde zudem die Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Übergang Schule-Beruf im Berufsschulzentrum beschlossen. Damit

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 26. April 2012

wurde auch zur Kenntnis genommen, dass damit ein erster Schritt zur Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen vollzogen ist. Die Koordinierungsstelle ist der Abteilung Schulsozialarbeit im Amt für Soziale Arbeit zugeordnet. Räumlich ist die Koordinierungsstelle in der Kerschensteinerschule untergebracht.

Der Magistrat möge berichten:

- 1. Worin unterscheiden sich die beiden Angebote des Übergangsmanagements, in welchen Bereichen ergänzen sie sich?
- 2. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen der Koordinierungsstelle "Übergang Schule-Beruf" und dem Hessencampus gestaltet?
- 3. Auf welche Weise wird die Vernetzung der Einrichtungen mit den Lehrkräften vor Ort sichergestellt?
- 4. In welchem Umfang nimmt die Koordinierungsstelle Aufgaben der Schulsozialarbeit wahr?

3. 12-F-08-0042

Belastung mit PCB in Schulen und von Schulen genutzten Sporthallen -Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 18. April 2012-

Bei den Untersuchungen zur Sanierung der Sporthallen des Berufsschulzentrums wurden PCB-Raumluft-Belastungen von zum Teil über 900 ng PCB/m³ Raumluft festgestellt. Es hat sich auch in diesem Falle bestätigt, dass keinesfalls erwartet werden kann, dass einmal gemessene PCB-Werte, die unter den Eingreifwerten der PCB-Sanierungsrichtlinien liegen, auf Dauer konstant bleiben bzw. allmählich geringer werden. Erfahrungstatsache ist vielmehr, dass Messwerte stark messungsabhängig sind und immer wieder beobachtet werden kann, dass gemessene Werte sich über die Jahre erhöhen(!), z. B. dadurch, dass PCB-haltige Materialien (z.B. Fugen) freigelegt werden und PCB erhöht an die Umgebung abgegeben wird, sich dort auch niederschlägt und an anderen Materialien (Wände, Mobiliar, usw.) dann anhaftet.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

in welchen Räumen an Schulen (auch von Schulen genutzten Sporthallen) PCB-Belastungen vorhanden sind,

welche von diesen Räumen wann saniert werden und im Rahmen dieser Sanierungen auch die PCB-Belastungen beseitigt werden,

für welche von diesen Räumen nicht innerhalb der Haushaltsjahre 2012/13 Sanierungen vorgesehen sind und

was der Magistrat zur Beseitigung der gesundheitsgefährdenden PCB-Belastungen zu tun gedenkt.

4. 12-F-08-0043

Sachstandsbericht Schulsekretariatsstunden

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 18. April 2012-

Die zu knappe Ausstattung der Schulen mit Sekretariatspersonal bzw. der Umfang der den Schulen zugewiesenen Stundendeputate waren wiederholt Anlass für Beschwerden von Schulen und insbesondere Elternbeiräten sowie Personalräten. In diesem Zusammenhang ist

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 26. April 2012

die Situation an der Förderschule Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule von besonderem Interesse.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge darlegen, wie er die aktuelle Ausstattung der Schulen mit Sekretariatsstunden beurteilt und ob er aus fachlichen Gesichtspunkten eine Erhöhung der Stunden oder eine andere Berechnungsgrundlage für angemessen erachtet und ob er diesbezügliche Beschlüsse der städtischen Gremien vorbereiten wird.

5. 12-F-03-0057

PRIORITÄTENLISTE

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.04.2012-

Seit der schriftlichen Ankündigung vom März 2010 durch das Schuldezernat und dem Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung im Februar 2011, dass eine Prioritätenliste für zukünftige Schulbauinvestitionen für die Gremien erstellt werden soll, wird die Vorlage dieser Liste und die Erläuterung ihrer Entstehungskriterien in jeder Sitzung dieses Ausschuss gefordert - bis jetzt ohne Erfolg.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten,

warum trotz der öffentlichen Ankündigung von Frau Dezernentin Scholz im letzten Ausschuss für Schule und Kultur am 8. März 2012, die Prioritätenliste solle noch vor Ostern vorgelegt werden, diese Liste den Fraktionen nicht zugegangen ist.

Der Ausschuss möge beschließen,

dass das Schuldezernat die Prioritätenliste zur Schulsanierung unverzüglich vorlegt.

6. 12-F-08-0024

Erhalt aller Oberstufengymnasien -Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.02.2012-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0034 vom 08.03.2012 ANLAGE nur für Ausschussmitglieder: Bericht des Magistrats vom 04.04.2012

7. 12-F-03-0039

Carl-von-Ossietzky-Schule

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1.3.2012 -

ANLAGE: Überweisungsbeschluss Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0045 vom 13.03.2012

8. 12-V-40-0014 DL 11/12-4

Carl-von-Ossietzky-Schule - Bereitstellung von Mitteln für eine Brandmeldeanlage

9. 12-V-40-0011 DL 10/12-13

Ausbau der Grundschulkinderbetreuung; Organisation und Personal

10. 12-V-40-0009 DL 14/12-15

Comeniusschule - Ausführungsvorlage zu Neubau, Sanierung, Umbau und Betrieb

Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 24.04.2012.

Bereich Kultur:

11. 12-F-08-0044

Wirtschaftliche Situation der kleinen Bühnen - Städtischer Zuschussbedarf -Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 18.04.2012-

Bereits vor der Kommunalwahl 2011 sowie mehrfach im zurückliegenden Jahr war die wirtschaftliche Situation der kleinen Bühnen in der Landeshauptstadt Wiesbaden Beratungsgegenstand im Ausschuss für Schule und Kultur. Um die Arbeit der Bühnen zu sichern wurden Haushaltsmittel vorab freigegeben und seitens des Magistrats angekündigt, mit den Vertreter/innen der kleinen Bühnen Gespräche und Beratungen durchzuführen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge einen Sachstandsbericht über die wirtschaftliche Situation der kleinen Bühnen und den erforderlichen städtischen Zuschussbedarf geben sowie berichten, welche Ergebnisse die Gespräche und Beratungen des zuständigen Dezernats mit den Vertreter/innen der kleinen Bühnen hatten und darlegen, welche Konsequenzen der Magistrat für erforderlich hält.

12. Verschiedenes (Bereiche Schule und Kultur)

Tagesordnung II 1. 12-V-05-0003 DL 10/12-7 Modellregion "Inklusive Bildung" 2. 12-V-20-0011 DL 10/12-9 Investitionscontrolling 4. Quartal 2011 3. 12-V-41-0002 DL 14/12-5 Burg Sonnenberg; Sanierungsmaßnahmen und Nutzung

5. 12-V-41-0012 DL 14/12-7

DL 14/12-6

Digitales Kino in der Caligari Filmbühne; Freigabe der Investitionsmittel

Hess. Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2011 und Budget 2012

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nehrbaß Vorsitzender

12-V-41-0010

4.